

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Zuschußtasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ct für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Sozialisierung von Baubetrieben. Der erste Schritt von der Theorie zur Praxis.

In diesen Tagen wird in Berlin der erste Schritt zur Sozialisierung von Baubetrieben getan. Freilich noch nicht zur Sozialisierung in dem Sinne, wie dies unser Verbandsrat in Weimar gewünscht hatte. Als Referent zu diesem Punkt hat sich zwar Schreiber dieser Zeilen auch für die Sozialisierung durch Gründung von Genossenschaften erklärt, weil er alle über den Kapitalismus hinausführenden Wege beschritten wissen will; aber in der vom Verbandsrat angenommenen Konstituierung wird nur von der Verstaatlichung und Kommunalisierung des Baugewerbes gesprochen. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden sollen die vorhandenen Baubetriebe übernehmen und sie unter weitgehender Mitverwaltung der Arbeiter führen.

Von den Gegnern des staatlichen und kommunalen Selbstverwaltungsbetriebes wird nun gesagt, daß die Menschen heute noch nicht auf der Höhe stünden, die notwendig sei, um solche Betriebe rentabel zu machen. Bis heute sei viel zu sehr der persönliche Vorteil des einzelnen Menschen der Antrieb zu seinem wirtschaftlichen Streben gewesen; das Allgemeinwohl komme für die meisten Menschen erst in zweiter Linie. Die Menschen würden sich aber auch nicht von heute auf morgen ändern. Darum sei zu erwarten, daß ein staatlicher und kommunaler Regiebetrieb viel weniger leistungsfähig sei, als ein Betrieb, der auf den persönlichen Vorteil des Betriebshabers gegründet sei. Bei dem staatlichen und kommunalen Regiebetrieb sei keine persönliche Initiative des Leiters, es sei niemand vorhanden, der am Gelingen des Betriebes Interesse habe, weil jeder Angestellte sein Gehalt bezöge, ob nun der Betrieb mit Gewinn oder Verlust arbeite. Der staatliche und kommunale Regiebetrieb sei bürokratisch, er arbeite infolge dessen, wie jede bürokratische Organisation, zu langsam und verzögere dadurch die Produktion. Auch die Arbeiter arbeiteten in einem staatlichen oder kommunalen Regiebetrieb weniger als in einem Privatbetrieb usw.

Man muß zugeben, daß diese Gründe nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind und wir haben auf diese Dinge auch auf dem Verbandskongreß bereits hingewiesen. Tatsächlich ist bis jetzt kommunale und staatliche Regiarbeit fast stets teuer geworden als Privatarbeit. Das lag sicher nicht zum wenigsten an den Unternehmern, die bei solchen Regiarbeiten bis jetzt die Arbeiter und die Werkzeuge stellen und die dabei um so mehr verdienen, je länger die Arbeit dauert. Sie belamen ja für jeden Arbeiter und jede Arbeitsstunde einen namhaften Aufschlag, ebenso für die Bestellung von Werkzeugen und Müßiggang. Tatsache ist aber auch, daß sich bei solchen Arbeiten die staatlichen oder kommunalen Bauleiter um die Leistung der Arbeiter, in der Regel überhaupt nicht oder nur sehr wenig gekümmert haben. Ob etwas oder nichts getan wurde, war ihnen ziemlich gleichgültig. Und da die Arbeiter wußten, daß weder der Unternehmer, bei dem sie beschäftigt waren, noch die beständige Bauleitung großen Wert auf die rasche Förderung der Arbeit legten, so richteten sie sich mit ihrer Arbeit entsprechend ein und leisteten gerade bei diesen Arbeiten, die sie als Einzugsleiter selbst mit beglänzt mußten, weniger, als sie für jeden privaten Unternehmer geleistet hätten. Nichts herrschte bei den Bauarbeitern die Meinung, Staats- und Gemeindepächtern können gar nicht so teuer werden. Und solche Erfahrungen werden auch heute, nach der Revolution noch gemacht. Während bei Privatunternehmern heute immer noch lebhaft gearbeitet wird, wird vielfach darüber geklagt, daß bei staatlichen und kommunalen Regiarbeiten, insbesondere bei den Hofbauarbeiten die Arbeitslust und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf das denkbar niedrigste Maß gesunken sei.

Diese Dinge können natürlich für Staat und Gemeinden kein Ansporn zur Verstaatlichung und

Kommunalisierung der Baubetriebe sein. Wie selbst mächtig diese Art Sozialisierung auch gar nicht wünschen, wenn von der Verstaatlichung und Kommunalisierung der Baubetriebe laßfähig ein allgemeiner Rückgang der Arbeitslust und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu befürchten wäre; denn der Zweck der Sozialisierung soll und darf nach unserer Meinung nicht die Verwirklichung irgendwelcher abstrakter Prinzipien sein, sondern die Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes, insbesondere eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Eine solche Besserung ist aber nur möglich, wenn in der Schöpfung von Werten kein Rückschlag, sondern eine Steigerung eintritt. Die Arbeiterschaft wird den Beweis zu erbringen haben, daß sie in sozialisierten Betrieben auch ohne Sklaventreiber ihre Pflicht mindestens ebenso erfüllt, wie in kapitalistischen Betrieben.

Die vorstehend skizzierten Befürchtungen sind auch auf den Sozialisierungsplan nicht ohne Einfluß geblieben, der nun in Berlin verwirklicht werden soll. Dieser Plan geht

Geliesene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

aus von dem Schönberger Stadtbaurat Dr. ing. Martin Wagner. Herr Wagner will unter dem Namen „Soziale Baugesellschaft m. b. H.“ eine Art Produktivgenossenschaft ins Leben rufen. Die Gesellschaft soll finanziert werden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften; sie soll Mauer-, Zimmer- und Erdarbeiten ausführen und auch ganze Bauunternehmungen übernehmen sowie sich an Betrieben beteiligen, die mit der Durchführung dieses Zweckes in Verbindung stehen. (Zum Beispiel Ziegelerei, Mauer- oder Zementwerke.) Alle am Bau Interessierten, vom Bauherrn (Staat und Gemeinden) und vom Architekten bis zum Bauhilfsarbeiter, sollen in der Gesellschaft vertreten sein. Außer den der Gesellschaft selbst angehörenden Arbeitern, den sogenannten Stammarbeitern, soll die Gesellschaft je nach der vorliegenden Arbeit auch andere, sogenannte „fluktierende“ Arbeiter beschäftigen. Der erzielte Reingewinn soll an alle für die Gesellschaft Tätigen nach Maßgabe ihrer Leistung verteilt werden. Der Unternehmer profitiert hier vollständig fort.

Die Soziale Baugesellschaft soll aufgebaut sein auf dem Grundgedanken der freien Konkurrenz; sie legt also, um bestehen zu können, von vornherein die wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber den Privatbetrieben oder doch mindestens die gleiche Leistungsfähigkeit wie die Privatbetriebe voraus. Um diese Leistungsfähigkeit sicherzustellen, soll der Grundgedanke der individuellen Bewertung der Arbeitskraft — das heißt: die Entlohnung der einzelnen Arbeiter und Angestellten auf Grund ihrer persönlichen Leistung — aufrechterhalten beziehungsweise neu eingeführt werden. Unter anderem ist für den sozialisierten Betrieb die Einführung der Akkordarbeit und der wissenschaftlichen Betriebsführung (Taylorsystem) vorgesehen. Da jeder für die Soziale Baugesellschaft Tätige an dem etwaigen Gewinn teilnimmt und die Ausbeutung der individuellen Arbeitskraft durch einen privaten Unternehmer aufhört, so kann auch bei Einführung der Akkordarbeit und des Taylorsystems von einer Ausbeutung der Arbeitskraft nicht mehr die Rede sein. Jeder Arbeiter bekommt dann eben das, was ihm auf Grund seiner Leistungen tatsächlich zukommt. Es ist sicher, daß durch dieses System, das den persönlichen Vorteil des einzelnen noch mehr als im kapitalistischen Betrieb von seiner persönlichen Leistung abhängig macht, die Leistungsfähigkeit und damit auch die Konkurrenzfähigkeit des sozialisierten Betriebes erheblich gesteigert wird.

Die Leitung des sozialisierten Betriebes soll in den Händen einer Direktion von 3 Betriebsleitern, einem künstlerischen, einem technischen und einem kaufmännischen Leiter,

liegen. Ihnen übergeordnet soll der Betriebsvorstand (Aufsichtsrat) sein, in dem außer den Vertretern von Reichs- und Staatsbehörden und den Vertretern der Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft auch einige Vertreter der Gewerkschaften vorgehen sind. Ein Verwaltungsausschuß, der aus den 3 Betriebsleitern, 1 Angestellten und 2 Stammarbeitern der Gesellschaft bestehen soll, soll die laufenden Geschäfte des Betriebsvorstandes führen. Außerdem ist als Organ der Gesellschaft ein Betriebsausschuß vorgesehen und als oberste Instanz die Generalversammlung. Ueber die Aufgaben dieser Körperschaften sowie über ihre Zusammenfassung im einzelnen sind bereits genau formulierte Bestimmungen ausgearbeitet. Da sie noch nicht endgültig sind, so wollen wir auf ihre Beschreibung im einzelnen hier verzichten.

Am 20. Juni hat sich eine Vertretergeneralversammlung unseres Vereins Berlin mit dem Plan des Stadtbaurats Dr. Wagner beschäftigt. Dr. Wagner trug seine Ansichten in einem sehr interessanten Vortrag vor. Er ging dabei von den Bauhütten, jenen vorkapitalistischen Arbeiterorganisationen des Mittelalters aus, in denen Baumeister und Arbeiter noch in einer Person vereinigt waren und in denen die Baukunst zu einer später unerreichten Höhe gedieh. Dann schilderte er das Entstehen der kapitalistischen Bauwirtschaft mit ihren Unzulänglichkeiten und Schäden, und schließlich erläuterte er eingehend seinen Plan zur Sozialisierung. In dem Wagner'schen Plan sieht eine gewaltige Gedankenarbeit; es ist deshalb erfreulich, daß der Vortrag demnächst gedruckt werden soll. Wir werden darauf noch öfter zurückkommen, um so mehr, da manche Einzelheiten des Planes Widerspruch herausfordern und nach der Klärung bedürfen.

In der Aussprache, die im Anschluß an den Wagner'schen Vortrag stattfand, wurde von mehreren Kollegen gewünscht, daß die Regierung mit der Sozialisierung endlich Ernst machen möchte. Ueber das, was Sozialisierung ist und über den Plan des Stadtbaurats Wagner gingen aber die Meinungen weit auseinander. Einige Redner verlangten die sofortige vollständige Verstaatlichung aller Produktionsmittel, andere hielten nur eine schrittweise Sozialisierung für möglich. Kollege Ellinger, der als Vertreter der „Grundstein“-Redaktion an der Versammlung teilnahm, machte darauf aufmerksam, daß gerade die Unklarheit und die Meinungsverschiedenheiten über das, was wir durchführen wollen und können, der Grund dafür sei, daß es mit der Sozialisierung nicht schneller vorwärts gehe. Die Soziale Baugesellschaft, wie Stadtbaurat Wagner sie will, bezeichnete Ellinger als ein Mittelglied zwischen kapitalistischer Privatwirtschaft und sozialistischer Gemeinwirtschaft. Das, Wagner wolle, sei Genossenschaftssozialismus auf neuer Grundlage. Infolge der Ausgestaltung des privaten Unternehmertums und des Unternehmerprofites bedeute die Verwirklichung des Vorstehenden immerhin einen großen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus. — Die Versammlung nahm darauf einstimmig folgende vom Kollegen Otto Hanke vorgelegte Entschliessung an:

„Die am 22. Juni 1919 tagende Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Verein Berlin, sieht lebhaftig in der unverzüglichen Sozialisierung des Baugewerbes die Möglichkeit, die baulichen Bedürfnisse in Staat und Gemeinden zu befriedigen und besonders der Wohnungsnot zu steuern. Bei der mangelnden Initiative der Behörden in dieser Frage verpflichtet sich die Versammlung, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Ausgestaltung des Unternehmertums gerichtet sind. Die durch die Sozialisierung des Baugewerbes erreichte Produktionssteigerung und Beschäftigung sollte aber nicht nur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Betriebe beschäftigten Arbeiter dienen, sondern muß auch der Allgemeinheit zugute kommen.“

Die Soziale Baugesellschaft nach dem Plan Dr. Wagners wird wahrscheinlich in diesen Tagen gegründet werden.

Der zehnte Gewerkschaftskongress.

Nürnberg, den 3. Juli 1919.
Die erste Hälfte des Gewerkschaftskongresses liegt hinter uns, aber von der umfangreichen Tagesordnung ist bis jetzt nur wenig geteilt. Nahezu 2½ Tage hat der Kongress zur Erledigung der ersten beiden Punkte der Tagesordnung gebraucht: der Konstituierung einschließlich der Begrüßung durch die in- und ausländischen Gäste und der Entgegennahme und Diskussion des Reichenschaftsberichts der Generalkommission. Es ist zweckmäßig, daß wir einweisen über den ersten Teil des Kongresses berichten, denn wenn wir warten wollten bis zum Schluß des Kongresses, dann läme unser Bericht für diese Nummer des „Grundstein“ zu spät.

Der Kongress tagt in dem großen Saal des Kulturvereins. Hier wurden auch die Delegierten am Vorabend des Kongresses in einer festlichen Veranstaltung von der organisierten Nürnberg Arbeiterchaft begrüßt. Der Kongress selbst ist eine Massenversammlung. 634 Delegierte waren am ersten Tage anwesend, die rund 5 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. Zu ihnen kommen noch die Mitglieder der Generalkommission sowie die in- und ausländischen Gäste und eine ziemliche Anzahl Zeitungsmenschen. Für die politischen Bedürfnisse der Kongreßteilnehmer und Berichtsersteller ist durch die Einrichtung einer Poststelle unmittelbar neben dem Sitzungssaal gesorgt. Auch ein großer Schreibsaal steht den Delegierten zur Verfügung. Die Regierungen, die 1905 zur Befriedigung des Kongresses „keine Zeit“ hatten und infolge dessen später nicht mehr eingeladen wurden, sind auch zu diesem Kongress nicht geladen worden, doch sind unter den Kongressmitgliedern mehrere Regierungsvertreter, unter ihnen der Ernährungsminister Robert Schmidt.

Dem Kongress lag man allseitig mit großer Spannung entgegen. Waren doch auf ihm zum ersten Male, wie auf unserm Verbandstage, bewusste Vertreter verschiedener politischer Parteien anwesend, von denen bekannt war, daß sie auf dem Kongress ihre Kräfte messen und ihre Anhänger zählen wollten. Die Spannung verflachte sich bei einem Teil der Delegierten noch, als am Abend vor der Eröffnung des Kongresses bekannt wurde, daß die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die der Kommunistischen Partei Deutschlands schon einen Tag zuvor eine Sonderkonferenz abgehalten und „Richtlinien für die Opposition“ aufgestellt hatten. Die politischen Gegensätze machten sich auch gleich bei der Wahl der Kongressleitung bemerkbar. Die Opposition verlangte die Wahl von Vertretern ihrer Richtung ins Bureau. Der Kongress billigte ihr 3 Schriftführer und 4 Vertreter in der Mandatprüfungskommission zu.

Bei Eröffnung des Kongresses hatte Legien der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gewerkschaftliche Einigkeit erhalten bleibe und daß auch die politische Einigkeit der Arbeiterklasse wiederhergestellt werde; denn die Arbeiterchaft sei es, die den Wiederaufbau unserer zertrümmerten Wirtschaft zu leisten habe, und dazu sei Einigkeit dringend nötig. In gleichem Sinne sprachen in ihren Begrüßungsreden auch die Vertreter der bayerischen Regierung und der Stadt Nürnberg sowie der Vertreter des Nürnberger Gewerkschaftsartikels und einige andere Gäste.

Unsere Kinder und unser Kampf.

Kapitalistischer Geist erfüllt die Welt. — Das zeigt uns von selber, daß ein Gegenjoh bestes zwischen der Welt draußen und der daheim. Da draußen ist eben die Welt von heute mit ihrem Eigennutz und ihrer kapitalistischen Ökonomie. Nur daheim kann wohnen der Geist der Gerechtigkeit, der Geist des Verleiens, der Einigkeit, der Liebe. Und so ist die Welt daheim die Pfingstlands des Geistes der kommenden Zeit und es muß unser Streben sein, die Welt daheim der Welt der Zukunft dienbar zu machen. Sie mehr wir daheim pflegen die inneren Werte, um so mehr tragen wir davon durch unsere Kinder hinein in die Zukunftswelt.

Ein ständiges Zukunftswelt soll sich also daheim abspielen. Freit von kapitalistischem Geiste muß darum das Leben bei uns sein. Was daheim geschieht, soll getan werden im Geiste des Menschentums, und es soll vollbracht werden, um dem Gange, der Familie, zu dienen, um andere, die Eltern und Geschwister, zu erfreuen. Aus edelsten Motiven heraus soll da alles Denken und Handeln geschehen. Die Liebe soll da sein des Lebens Sinn. Und dennoch: wie manchmal wird nicht auch bei uns eine gute Tat, ein Liebesdienst, mit Geld belohnt, und wenn es auch nur wenige Pfennige sind?

Quers ist soll die Seele werden in unserm Kinde; es soll innerlich reich werden und groß und stark, dann verliert es von selber nachher den gewerkschaftlichen Arbeitskampf; ja, dann fällt es dieses Kampfes ganze Seele, da es selbst reich ist an innerem Wert; und da es sieht, daß der Kapitalismus jedes seelischen Lebens berührt, daß das seelische Glück uns nur wird in jener freien Wirtschaftswelt, die unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt.

Eine gewaltige Macht bedeutet heute der gewerkschaftliche Verband. Wie sind die Organisationen gewachsen und groß geworden! Und sie werden weiter wachsen. Doch nicht nur an Zahl. Auch an Kulturgehalt. Wie spricht man schon heute mit Achtung von der gewerkschaftlichen Disziplin, der gewerkschaftlichen Treue, der gewerkschaftlichen Solidarisität. Auch diese Werte werden zunehmen und wachsen. Immer klarer, reiner, weiter und tiefer wird mit der Organisation herovortreten die lüftliche

Aus den Begrüßungsansprachen der ausländischen Gewerkschaftsvertreter ging hervor, daß die Stärke und der Einfluß der Gewerkschaften überall im Wachsen sind. Die Einführung des Achtstundentages in den Ländern der Revolution hat auch in den anderen Ländern eine mächtige Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit entfacht. In Norwegen hat die Bewegung für den Achtstundentag bereits zum Siege geführt, und auch in Holland ist man auf dem Wege zum Achtstundentag. Sehr angenehm war es, von den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften zu hören, daß die Arbeiterchaft keines Landes den Frieden von Versailles als einen Frieden des Rechts ansehe, sondern entschlossen sei, so lange gegen diesen Nachfrieden zu kämpfen, bis ein Friede des Rechts errungen sei. Einmütigen Beifall fand der alte und doch immer noch jugendliche „Papa Kreuzlich“ aus Zürich als Vertreter der Schweizer Arbeiterchaft. Er ist vor 61 Jahren auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Nürnberg gewesen und hat die ganze Entwicklung der Sozialdemokratie von der Sekte zur Partei und schließlich zur stärksten Macht in Deutschland mit erlebt. Er lobte den hohen Schöpfung der Führer und Dränger, machte sie aber auch darauf aufmerksam, daß nicht alles so kommen werde, wie sie heute in ihrem Enthusiasmus glauben. Vor 61 Jahren habe a n c h er bestimmt geglaubt, in 5 oder 10 Jahren werde man den Sozialismus haben. Die Arbeiter unterliegen zu leicht die bescheidenen Schwierigkeiten und vergähnen die tatsächlichen Machtverhältnisse. Eindringlich mahnte Kreuzlich die deutschen Arbeiter zur Einigkeit. Sie würden, auch unter den günstigsten Umständen, die Gewerkschaften noch auf Jahrzehnte hinaus nicht entbehren können. — Der Vertreter der österreichischen Gewerkschaften, Grünwald (Wien), sprach unter lebhaftem Beifall des Kongresses die Hoffnung aus, die Deutschösterreicher möchten am nächsten Kongress nicht mehr als Gäste, sondern als Delegierte inmitten der deutschen Brüder teilnehmen können.

Bei Festlegung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung des Kongresses machte sich die Opposition auf's Neue bemerkbar. Sie verlangte, den eingetragenen Rednern nicht nach der Reihenfolge der Eintragung das Wort zu erteilen, sondern abwechselnd einen Redner der Opposition und einen andern Redner sprechen zu lassen. Das wurde abgelehnt. Am jedoch die Opposition ausweichend zu Worte kommen zu lassen, billigte der Kongress zunächst zum Reichenschaftsbericht der Generalkommission einen Vertreter der Opposition die gleiche Redezeit zu wie dem Berichtsersteller. Der Kongress billigte ferner der Opposition auf ihren Wunsch zum Punkt „Richtlinien für die künftige Wirtschaft der Gewerkschaften und die Aufgabe der Betriebsräte“ sowie bei dem Punkt „Arbeitsgemeinschaft“ je ein Korreferat zu. Zum Punkt „Sozialisierung“ verlangte die Opposition 2 Korreferate, moorn eines von einem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und eines von einem Anhänger der Kommunistischen Partei gehalten werden sollte. Vom Kongress wurde, um die Sozialisierungsfrage gründlich zu klären, dementsprechend beschlossene.

Nach Erledigung dieser Formalitäten war der erste halbe Tag zu Ende. Am Nachmittag nahm der Kongress den Reichenschaftsbericht der Generalkommission

und die dazu gehörige Rede des Vertreters der Opposition entgegen. Den Reichenschaftsbericht gab Legien. Er ging mit den Anklagen der Generalkommission von vornherein scharf ins Gericht und fand dabei wiederholt stürmischen Beifall bei der Mehrheit des Kongresses, weckte aber auch wiederholt den stürmischen Widerspruch der Opposition. Er machte darauf aufmerksam, daß heute mancher die Tätigkeit der Generalkommission kritisiere, der vor dem Kriege und sogar noch während des Krieges eine gute Stütze der Unternehmer war. Die Generalkommission habe während des Krieges, wenn sie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen wollte, keine andere Politik treiben können, als die sie getrieben habe. Besonders stark Beifall fand Legien, als er die Maßregelung von Gewerkschaftsangehörigen wegen ihrer politischen Gesinnung geißelte und als er erklärte, nicht die Politik der Generalkommission sei schuld an dem Unglück und der augenblicklichen verzweifelt Lage Deutschlands, sondern die Politik ihrer Leute, die die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gestiftet und die auf die Niederlage Deutschlands hingearbeitet haben. Legien schloß: Der Kongress könne entscheiden, wie er wolle, da's Bewußtsein könne er der Generalkommission nicht nehmen, daß sie immer das Beste für die deutschen Arbeiter getan habe.

Als Vertreter der Opposition erließ D i j m a n n, Frankfurt a. M., das Wort. Er bestieg die Tribüne mit einem ganzen Arm voll Schriften, was die Heiterkeit des Kongresses erweckte. D i j m a n n kritisierte sehr scharf die Politik der Generalkommission, wobei er viel aus dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ zitierte. Er behauptete, die Politik der Generalkommission sei mit schuld an dem Elend des deutschen Volkes. Die Generalkommission habe den alten Machthabern die Steigbügel gehalten, die Regierung unterstützt und damit die Verlängerung des Krieges ermöglicht. D i j m a n n fand mit seiner Rede wiederholt stürmischen Beifall bei der Opposition. Tugend etwas Neues, das die Generalkommission und die Politik der Gewerkschaften sagte er nicht; er brachte nur die Anklagen auf's Neue vor, mit denen die Opposition seit langem gearbeitet hat. Als er gesprochen hatte, war der erste Kongrestag zu Ende.

Am zweiten Tage bekamen, nachdem die Mandatprüfungskommission Bericht erstattet hatte, zunächst die Redner der gegen die Generalkommission gerichteten Anträge das Wort. Auch dabei wurde nichts Neues zutage gefördert, und ebenso ergab die Diskussion nicht viel Neues. Die Opposition trat mit großer Leidenschaft ihre Bekannten, mehr für die Arbeiter draußen als für den Kongress berechneten Anklagen vor. Vertreter der Mehrheit antworteten darauf. Großen Eindruck machte die Rede des Ernährungsministers Robert Schmidt, der die Opposition aufhorchte, doch dem Kongress zu sagen, was denn die Gewerkschaften am 4. August 1914 hätten tun sollen, und der sie fragte, warum denn keiner der Oppositionen Anhänger damals Vorklänge gemacht, warum niemand die Aufgaben, die die Gewerkschaften angeblich verüßigt haben sollen, übernommen habe. Habe man etwa die Proklamierung des Generalstreiks bei Ausbruch des Krieges erwartet? Die deutschen Gewerkschaften hätten ihn niemals in Aussicht gestellt. Das hätten die Romanen getan; aber auch sie hätten bei Kriegsausbruch

„Doch, die in ihr steht; immer mehr wird der Begriff „gewerkschaftlicher Kampf“ sich bedeuten mit dem Begriff höchsten Menschentums. Und unser Geist wird's sein, der dann in jenen liebedürftigen Zeiten den Kampf befecht, wenn wir unsere Kinder mit unserer ganzen Persönlichkeit eingeben diese gewerkschaftliche Kampfschule.“

Dr. Gustav Hoffmann.

Betonhohlwände aus Winkelsteinen.

Von Friedrich Guß, Architekt.

Der Wiederaufbau des verschwenderischen Verbrauchs von Baumaterial, wie er vor dem Kriege in Deutschland geübt wurde, muß auf jede mögliche Weise entgegengewirkt werden. Dies gilt in besonderem Maße von der Ausführung der Mauern, die in konventioneller Weise, häufig aus reiner Gedankenlosigkeit, im allgemeinen viel stärker ausgeführt werden, als es die weitestgehende Sicherheit bedingt. Die größten Ersparnisse an Material und Arbeitskraft sind, wie an verschiedenen Konstruktionen auf der Ausstellung „Eparname Baulöffe“ in Berlin mit wissenschaftlicher Gründlichkeit nachgewiesen wird, durch Herstellung von Hohlwänden an Stelle von Vollmauern zu erzielen. Sie gewähren uns auch den wesentlichen Vorteil einer besseren Wärmeökonomie.

In Amerika sind Hohlwände aus Beton schon seit wenigstens zwei Jahrzehnten gebräuchlich; insbesondere hat sich dort der Hohlblock schnell eingeführt, während er sich in Deutschland vor dem Kriege absolut nicht eingebürgert vermochte. Er scheiterte teils an dem Widerstande der deutschen Baubehörden, die sich für Fortschritt im Bauwesen überhaupt sehr langsam zu erwärmen vermochten, teils an den bequemen Bewohnlichkeiten der Bauunternehmer. Nun soll es anders werden; die Not ist eine gute Lehrmeisterin. Wiewohl wird nun die den wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßte Hohlwand aus Winkel und die höflichste Hohlwand, die nur für besonders stark beladete Bauteile in Betracht kommt, zur Ausnahme werden. Besonders praktisch und zweckmäßig ist das System

Roll & Röhren, Leipzig. Diese Firma verwendet für ihre auf der Ausstellung in infanterischer Weise vorgeführten patentierten Hohlwände nicht Hohlziegel, sondern Winkelsteinen, die durch zusammengefügt werden, daß sich Hohlräume von rechteckigem Querschnitt ergeben. Die Steine werden außen und innen nach Art von Quadern im rechteckigen Werkzeuge besetzt, doch sind die Steine der Außenseite von anderer Beschaffenheit als die der Innenseite. Die Steine der Außenseite werden aus diesem, weiterbefähigtem Kieselstein, der der Innenseite — um eine ungeladene Wandfläche zu erhalten — aus Schladenbeton hergestellt. Die mit Lufträumen durchsetzte Mauer von nur 30 cm Stärke besitzt ein bedeutend geringeres Wärmeleitvermögen als eine 30 cm (also 1½ Ziegel) starke Ziegelwand, die sie in den weitaus meisten Fällen vollkommen zu vertreten vermag. Die behandelte Materialersparnis ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung: Für den Quadratmeter Betonhohlwand werden gebraucht: 16 Winkelsteine (zu deren Herstellung insgesamt 30 kg Zement, 0,18 cbm Kiesand und 0,15 cbm Schlacke erforderlich sind) und 10 Liter Mörtel, während für den Quadratmeter 39 cm starke Ziegelwand 150 Stück Ziegel und 110 Liter Mörtel erforderlich sind. Der Quadratmeter Betonhohlwand wiegt 250 kg, der Quadratmeter Ziegelwand 685 kg.

Dieser Vergleich ergibt außer der sehr erheblichen Ersparnis an Material noch folgende Vorteile der hier behandelten Hohlbauweise: Infolge der geringen Belastung können die Grundwände und Fundamente schwächer als bei Ausführung von Vollmauern ausgeführt werden, wodurch sich weitere Ersparnisse ergeben. Es verringern sich Fracht- und Frachtkosten für den Transport des Materials. Die Arbeit gestaltet sich leichter vor sich; denn obgleich die großen Winkelsteine mit ihren 50 und 30 cm langen, 5 cm starken Schenkeln bei 25 cm Höhe natürlich schwerer als ein einzelner Ziegelstein sind, erfordert doch das Verlegen von 16 Steinen sowie die Herstellung und der Verbrauch von 10 Liter Mörtel für den Quadratmeter naturgemäß eine viel geringere Arbeitszeit als das Vermauern von 150 Stück Ziegeln mit 110 Liter Mörtel.

Vorstellung. Denn das Volkvermögen wurde durch diesen Ausfall überhaupt nicht vermindert, da die davon betroffenen Wertpapiere gar nicht zum Volkvermögen gehören. Niemand kann durch eine auch noch so große Baiffen an der Höhe des Volkvermögens auch nur um einen Pfennig vermindert oder geschädigt werden.

Das gleiche gilt von den auswärtigen Anleihen eines Staates, wenn sie, wie es in Rußland der Fall war, für ungültig erklärt werden. Die Willkürden an russischen Staatspapieren, die in Frankreich, Deutschland und andern Ländern untergebracht waren, wurden 1918 von der sozialdemokratischen Sowjetregierung für kraftlos erklärt. Dadurch erlitt zwar die große Zahl der größten Besitzer dieser Anleihen einen empfindlichen Verlust, nicht aber die Volkswirtschaft als solche. Der Vorgang zog direkt nur die Privat-, nicht aber die Volkswirtschaft in Mitleidenschaft. Indirekt ist freilich auch eine Wirkung auf die Gesamtheit vorhanden, als diese von der durch den russischen Staatsbankrott bewirkten verminderten Kaufkraft der Anleihebesitzer berührt wird.

Ist es so richtig und korrekt, auf der einen Seite vom Volkvermögen Geld und Wertpapiere zu scheiden, und sie nur dem Privatvermögen zuzugählen, so müssen andererseits wieder gewisse Güter dem Volkvermögen hinzugefügt werden, die nicht Bestandteile des Privatvermögens sind. Diese Güter aber sind die freien. Es beruht natürlich nicht auf Zufall, daß die freien Güter zum Volkvermögen gehören, obgleich sie für die Kaufkraft nicht in Betracht kommen. Sie sind allen zugänglich und soweit es sich um produzierende Elemente handelt, für die Gesamtwirtschaft von hervorragender Bedeutung. Was wäre Deutschland ohne das Wasser seiner Seen und großen Ströme! Welch gewaltige Mässe spielen Sonne und Regen für Anbau und Ertrag der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen! Länder mit günstiger Klima sind solchen mit weniger günstigen in produktiver Beziehung wesentlich überlegen.

Ein weiterer Unterschied zwischen Privat- und Volkvermögen besteht darin, daß man das erste ziffernmäßig erfassen kann, nicht das letztere. Die Güter, die der einzelne besitzt, haben Kaufwert und selbst da, wo dieser im Einzelfall schwer feststellbar ist, wo jemand zum Beispiel ein Haus besitzt, das er nicht verkaufen kann, läßt sich aus dem Ertrag desselben sein gemeiner Wert annähernd ermitteln. Ebenso haben die meisten Wertpapiere einen Börsenwert. Trotz dieser Feststellbarkeit gibt es in Deutschland keine private Vermögensstatistik. Dieser Mangel muß verhältnismäßig sein für alle Zwecke, auf der Grundlage von Wüßnissen wie Vermögenssteuern, Feuerversicherungsstatistiken usw. zu Schätzungen des Privatvermögens zu gelangen. Wie groß schließlich der Anteil der freien Güter am gesamten Vermögen des Volkes ist, wird praktisch kaum jemals berechnet werden können. Die Ermittlung des Volkvermögens scheitert in erster Linie an der Schwierigkeit, freie volkswirtschaftliche Güter, nichtstoffliche Dinge, in Geld umzurechnen. Oder hat jemand jemals berechnet, auf wieviel Millionen Mark sich der Gebrauchswert der Elbe stellt, auf der goldförmige Lauffläche zu Tale gleiten, die Mäusen treibt, Wiesen bewässert usw.? Alle Versuche, das Volkvermögen zu ermitteln, müssen die große Masse seiner nicht kaufwertigen Bestandteile wegen dieser Schwierigkeiten auscheiden und sich lediglich auf die Kaufobjekte beschränken. Aber auch diese lassen sich nicht vollständig erfassen. Eine Statistik der Privatvermögen, die wir, wie erwähnt, nicht haben, würde diesem Mangel nicht abhelfen. Denn sie würde zum Beispiel die im Besitze der einzelnen Personen vorhandenen Wertpapiere enthalten. Auch Häuser und Grundstücke, die mit Hypotheken belastet sind, repräsentieren einen verschiedenen Wert, je nachdem man sie privat- oder volkswirtschaftlich betrachtet.

Da das Volkvermögen nicht gleich zu erachten der Summe aller Privatvermögen ist, so ist es möglich, daß die Bewegung der beiden Vermögensarten unter Umständen entgegengesetzt verläuft. Das Privatvermögen kann zunehmen während das Volkvermögen sich vermindert. Eine solche Bewegung erlebten wir während des Krieges. Das deutsche Geld und das deutsche Volk sind durch den Krieg ärmer geworden; denn er geröstete Millionenwerte und gab Millionen von Leben dem Tode preis. Diese vernichteten Erzeugnisse aber gehören zum Volkvermögen. Denn der Mensch ist zwar nicht privatwirtschaftlich, wohl aber volkswirtschaftlich Vermögensobjekt. Die Volkswirtschaft eines Landes das über 70 Millionen Menschen verfügt, ist — unter der Voraussetzung sonst gleicher Bedingungen — doppelt so reich als eine, die nur 35 Millionen in sich begreift. Daher bedeuten die Wertverluste des Krieges gleichzeitig Vermögensvermindernungen. Die gegenteilige Behauptung, wir seien durch den Krieg reicher geworden, quillt hauptsächlich aus der ertümelten Auffassung, daß die riesige Geldvermehrung während des Krieges, die sich über die Privatwirtschaft ergoß, auch die Gesamtheit bereichere. Geld dient nur der Uebertragung von Vermögen, es macht einzelne wohlhabender, aber nicht die Gesamtheit. Ebenso wenig bedeutet der große Umlaufvermögen, der Waren- in Geldkapital verwandelt, für die Gesamtheit keinen Zuwachs oder Gewinn. Wäre

das Volkvermögen eine bloße Zusammenzählung aller Privatvermögen, dann wäre das Gegenteil der Fall.

Wir haben im Vorhergehenden den Fall besprochen, daß das Privatvermögen zunimmt, während gleichzeitig das Volkvermögen sich verringert. Es kann aber auch das Umgekehrte eintreten: das Vermögen des Volkes kann zunehmen, ohne daß in der Menge oder dem Aufbau der Privatvermögen eine Änderung vor sich geht. Das ist der Fall bei Annektionen. Als Preußen Schleswig-Holstein (1864), Hannover (1866) und das Reich Elsaß-Lothringen (1871) annektierte, wurde nicht ein einziger deutscher Bürger um einen Pfennig reicher; denn der Reichtum der Bürger hat mit dem Umlauf des Staates nichts zu tun. Die deutsche Volkswirtschaft aber erhielt einen Zuwachs an Menschen und Gütern. Es ist ein Trugschluß, wenn Angell Normann in seinem hervorragenden Buch: Die falsche Rechnung* behauptet, daß ein Volk seinen Reichtum nicht vernehme, wenn es sein Landgebiet vergrößert, da der Eroberer außer Landes sei, den Reichtum des eroberten Gebietes zu beschlagnahmen. „So sehen wir“, sagt er, „daß Deutschland durch die Eroberung Elsaß-Lothringens eine Provinz gewonnen von einem Wert von 68 Millionen Pfund Sterling. Was wir aber übersehen, ist der Umlauf, daß Deutschland zugleich das Volk annektierte, welches das Eigentum nach wie vor besitzt.“ (Seite 61.) Er folgert daraus, daß Deutschland nicht reicher geworden ist. Genüß, der private Reichtum bleibt in den Händen der Annektierten, er wird nicht gestohlen. Aber der Volkreichtum ist eben nicht die Summe der Einzelreichtümer. Der Fehler dieser Betrachtung liegt darin, daß Normann und seine Anhänger — wie übrigens auch viele Schriftsteller aus dem entgegengesetzten Lager — in einer eigenartigen optischen Täuschung den grundlegenden Unterschied der beiden Begriffe Privat- und Volkvermögen nicht sehen. Sind diese Betrachtungen richtig, dann müssen alle Auffstellungen über die Größe des Volkvermögens wissenschaftlich völlig wertlos sein, und zwar so, daß ihnen auch nicht einmal ein verhältnismäßig vergleichender Wert zukommt. Das Verfahren, den Reichtum verschiedener Völker untereinander an der Hand der gewonnenen Zahlen zu vergleichen, ist daher ebenso anfechtbar wie die daraus gezogenen Schlußfolgerungen.

Alle Versuche, die Größe des Vermögens eines Volkes zu berechnen, müssen aber auch an einer weiteren in dem Begriff selbst liegenden Unmöglichkeit scheitern. Denn in jeder Volksgemeinschaft besteht das Vermögen des einen aus dem Umlaufvermögen des andern, das heißt aus dem, was er nicht vermag. Die mangelnde Gemeinbarkeit der Interessen macht es unmöglich, den Begriff des Volkvermögens analog dem des Privatvermögens zu konstruieren, das heißt das Volkvermögen als die Summe der in Privatbesitz befindlichen Güter zu betrachten. Dieser Irrtum, der immer wieder auftaucht, beruht auf einer unklaren, theoretischen Erfassung der in der Volkswirtschaft vorhandenen Zusammenhänge. Man erkennt nicht genügend scharf, daß in jeder Volkswirtschaft verschiedene Klassen bestehen, deren Ansprüche sich gegeneinander aufheben. So die der Gläubiger und der Schuldner. Was die einen als Vermögen bezeichnen, ist genauer betrachtet die ergänzende Entschädigung des Umlaufvermögens der andern. Umlaufvermögen besteht in der Volkswirtschaft dieses Verhältnis. Das „Haben“ der einen ist das „Soll“ der andern. Forderung und Gegenforderung heben sich auf. Es tritt der Ausgleich ein, Null ergibt aber mit jeder Kapitalfließbewegung immer noch Null.

Diese Darlegungen zeigen deutlich, welchen Wert alle bisherigen Zusammenstellungen haben müssen, die mit dem Anspruch auftreten, das Volkvermögen auch nur zu schätzen. So hat Professor Dr. Helfferich zum Beispiel den Wert des deutschen Volkvermögens 1911 auf annähernd 331 bis 337 Milliarden Mark berechnet.** Zu ähnlichen Ziffern kommt Professor Ballod. Viel höher erscheint es in einer Schrift über das reiche Deutschland von Steimann-Bucher. Solche Auffstellungen können nur in einem Lande Beachtung finden, dessen Bevölkerung sich autoritär orientiert und in seinen oberen und unteren Schichten daran gewöhnt ist, lediglich privatwirtschaftlich zu denken, für die aber die Nationalökonomie eine mit 7 Siegeln verschlossene Geheimwissenschaft ist. Die aber, die beratliche Berechnungen aufgestellt haben, sind einer unklaren Begriffsbildung zum Opfer gefallen. Die Irrtümer ihrer statistischen Schätzung lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Sie beruhen auf einer begrifflichen Verwirrung, indem sie die 3 Arten von Vermögen nicht auseinander halten. 2. Sie beachten die freien Güter nicht, die wichtige Bestandteile des Volkvermögens sind. 3. Sie verfolgen zum Teil Zwecke, die nicht mehr wissenschaftlicher, sondern rein politischer Natur sind.

Das gilt vor allem für die Schrift Steimann-Buchers.*** Sie war entstanden mitten im Kriege, das heißt * Angell Normann: Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein? 11. bis 20. Teilband. Garcolandverlag, Seite 49. ** Deutschlands Volkswirtschaft 1898—1913, 3. Auflage, Berlin 1914. *** Deutschlands Volkvermögen im Kriege. Stuttgart 1916.

zu einer Zeit, als alles darauf ankam, durchzuhalten und Kriegsanfänge zu zeichnen. Der Wert einer beratigen Schrift konnte unter diesem Gesichtswinkel darin gesehen werden, daß sie bewußt oder unbewußt in der Richtung und im Dienste politischer Zwecke „gegen den wirtschaftlichen pessimismus“ wirkte. Es war daher nicht weiter verwunderlich, daß diese nicht auf reiner Wissenschaft, das heißt Erforschung der Wahrheit, aufgebaute Arbeit mit der Veränderung der politischen Lage selbst ihrem Verfasser beifällig erscheinen mußte. Diese Meinung trat ein, als das feindliche Ausland die Ergebnisse der deutschen Volkswirtschaftsstellungen zu dem Nachweise verwendete, daß Deutschland in der Lage sei, eine Kriegsentlastung von 600 Millionen Pfund, gleich einer Jahresleistung von 12 Milliarden Mark zu zahlen.*** Ein so reiches Land, das selbst England und Frankreich an absolutem Volkvermögen übertrage, könne ruhig 12 Milliarden im Jahre tragen! Das war die Summe, die Steimann-Bucher als jährlichen Vermögenszuwachs berechnet hatte.*** Als Steimann-Bucher sah, was er mit seiner „Statistik“ angerichtet hatte, sah er sich hin und schrieb eine neue Schrift, die das Gegenteil der früheren zu beweisen suchte. Diese neue Schrift erschien 1919 und betitelt sich „Volkvermögen“? Hatte er früher dargelegt, daß wir durch den Krieg reicher geworden seien, so bewies er jetzt das Gegenteil. Das Schlussergebnis seiner statistischen Auswertung ist, daß Deutschland vollkommen unfähig sei, große Kriegsentlastungen zu zahlen. Das Finanz- und Handelsblatt der „Vossischen Zeitung“ (vom 18. März 1919) begriffte auch das neue Buch als interessant und bezeugte und reich an wertvollen Zahlen, ohne nur mit einem Wort derartige mit dem Mantel der Wissenschaft verüllte Tendenzforscherei zu brandmarken.

Wir haben zum Schluß noch kurz den Begriff des Nationalvermögens zu untersuchen. Das Nationalvermögen ist nicht gleich zu erachten mit dem Volkvermögen. Die beiden Begriffe „Volk“ und „Nation“ sind verschiedenen Inhalts. Die Methode der „Sprachreiniger“, national mit völliger zu übersehen, beruht auf einer Verkennung der Bedeutung der beiden Begriffe. Das kann jeder sofort an einfachen Beispielen erkennen. Eine Volkserhebung ist etwas ganz anderes als eine Nationalversammlung. Ein Volksteil ist etwas ganz anderes als ein Nationalteil. Das Volkvermögen ist daher auch nicht dasselbe wie das Nationalvermögen. Es ist vielmehr eine besondere Gattung. Das Nationalvermögen umfaßt die Summe der Güter, die sich in der Verfügungsgewalt öffentlich-rechtlicher Körperlichkeiten befinden. Zum Nationalvermögen gehört daher alles, was nicht im Privatbesitz liegt und nicht freies Gut ist. Das Nationalvermögen des Deutschen Reiches schließt Grund und Boden, Forsten, Bergwerke, Eisenbahnen usw. in sich, die dem Reich oder einem Eingekauft oder irgend einer öffentlichen Körperlichkeit gehören. Diese Unterabteilung ist notwendig, um es für bestimmte Zwecke, zum Beispiel Staatsrechtlich, zu eliminieren. — Wir haben im Vorhergehenden einen sehr schwierigen und wenig geklärten Stoff der Nationalökonomie behandelt. Es geschah dies in der Absicht, zum kritischen Nachdenken aufzufordern und vor dem gedankenlosen Gebrauch der verschiedenen Vermögensbegriffe und Vermögensstatistiken zu warnen.

Die Jugendbewegung im neuen Zeitalter.

Erfreulicherweise finden wir heute, daß bei den führenden Gewerkschaftslogen in unserem Verbands- und auch darüber hinaus, dem Wohl und Wehe der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter eine ganz besondere Beachtung geschenkt wird. Die Jugendbewegung, die schon vor dem großen Menschenmorden und dem Zerbrechen der Kulturwerke einsetzte und die besonders in den Großstädten einige Bedeutung erreicht hatte, trotz aller Deminution, steht nach dem Kriege, und noch mehr nach der politischen Umwälzung, vor ganz neuen, großen Aufgaben. Wir haben als Berufsorganisation die Frage der Jugendbewegung von zwei seitlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten und nach dem erkannten Ziele mit Eingebung und Ausdauer zu arbeiten. Zunächst müssen die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu lebendigen, aufnahmefähigen Gliedern unseres Verbandes herangebildet und als solche behandelt werden. Im Mittelpunkt unseres Schaffens auf dem Bau und der Werkstatt muß der junge Mensch seine Form, seine berufliche und sittliche Erleuchtung erfahren. Aus dem Kunstwert des geschaffenen Bauwerks und der Erkenntnis seiner Stellung zur Arbeit soll ihm eine Quelle der Freude entstehen und seinem Fühlen und Denken ein Raum des Pflichtbewußtseins, ein Lebensinhalt werden. Die jungen Gelehrten sollen sich streifen und die Werben sich spannen in den Gedanken, bald ein begeisterter Kämpfer für die Rechte und den Adel der Arbeit zu werden. Indem der jugendliche Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Ausbeutung und Entwertung durch die Unternehmer von den älteren Kollegen geschützt wird, verleiht er so recht geistig, wie das Wand der Solidarität sich um seine Schulter windet. Freilich muß immer das

* „Times“ vom 5. Februar 1919. ** 12 bis 14 Milliarden Mark.

näufige Kalkgehalt abwägen, daß das Verantwortungsgesühl gewahrt und der starke Drang nach Persönlichkeitsentwicklung nicht beeinträchtigt wird.

Darum haben wir unsere Jugendabteilungen die Möglichkeit zu geben, sich in besonderen Jugendberatungen in Organisations- und beruflichen Fragen zu unterrichten und einen offenen Gedankenaustausch unter sich zu pflegen. Gerade dieses Problem ist uns wichtig aber ungemein schwer. So manche Elemente unserer Abteilungen sind mit den besten Absichten aus Werk gegangen und doch konnten sie trotz aller Mühen keine Seele in der Jugend verlieren. Wenn in dieser Frage die Jugend nicht ihre eigenen Führer findet, die ihre Altersgenossen zusammenzufassen, wird es schwer sein, etwas Persönliches zu schaffen. Der dauernde Kontakt durch die älteren Kollegen auf die Aufgaben und Verantwortungen darf nicht fehlen, um auch die Eignungen vorwärts zu treiben. Im Stoff wird es ja in den Beratungen untereinander nicht fehlen. So dürfte unter anderem die Arbeitsbewegung auch für sie nicht ohne Interesse sein.

In vielen Bezirken sind die Köpfe für die jugendlichen Arbeiter tauglich festgelegt. Im Kölner Bezirk gelang es uns in Tiefgangswerte (siehe Nr. 26 des Grundstein). Im Großbau kam es nicht zur Verwirklichung, wie auch aus dem Bezirksvereinsbericht zu ersehen ist. In der Beschäftigungsfrage war es nicht möglich, durch Verhandlungen etwas zu erreichen. Die Unternehmungen stehen der Sache noch schroff ablehnend und mit sehr vornehmender Gesicht gegenüber. Sie präsentieren uns als ihre Sonderkategorie die reaktionäre, dunkle Handwerkerkammer. Nur diese sei „autonom“. Dort seien die „Mittelverträge“ zur Beschäftigung ausgearbeitet, die für sie maßgebend seien. Es wird also Sache der Arbeiterorganisationen, besonders der Gewerkschaftskartelle, sie, bis zur Vervollständigung der Arbeitervereine in die Dunkelkammer des Handwerks die Lichtstrahlen des neuen Zeitgeistes hineinschleusen zu lassen, damit der alte Staub und Moder hinweggefegt werden kann.

Mit diesen erweiterten Aufgaben der Verbände und Gewerkschaftskartelle kommen wir auf das zweite Motiv unserer Stellung zur Jugendbewegung. Wenn das bisher angeführte, Berufsausbildung, Organisationsaufbau, Entlohnung, Jugendhilfe und dergleichen, unmittelbare Aufgaben unserer Verbände sind, so gehen die weiter gesteckten Ziele in der allgemeinen Jugendbewegung auf. Auf diesem breiten Fundament tummeln sich aufstrebende Kräfte und reden sich mit schwellender Brust zum Himmel empor. Nach der Tagesarbeit formen sich die jungen Seelen im schlichten, schmalen Jugendheim in enger Gemeinschaft zum Mahlen, Sägen, Gehen. Im heitern Spiel und ernstem Vortrage wechseln die Stunden. Mit Musik und Gesang wird die Arbeiterjugend der Großstadt entlastet, auf weite Wanderungen an Sonnentagen zur ewig jungen Natur. Wenn geht nicht das Herz auf in freudiger Lebensfreude bei Wanderungen, beim Sport oder bei dem stillen Eindringen in die Wesenheiten der Natur? Gesund der Frohsinn und Entlastung des Körpers ermuntern zu neuer, reiner Tatkraft.

Arbeiterkern und Gewerkschaftskartelle! Wir wollen, daß unsere Jugend, die im letzten Jahrzehnt fürderlich an Körper und Geist gestillt hat, unser Zukunftsgebäude vollenden soll. Darum tragt gemeinsam mit ihnen die Bausteine herbei, jeder nach seiner Kraft und Möglichkeit. So ernst und schwer die Zeit, so hart die Arbeit. Wir haben anzukämpfen gegen Inertrümmer und Gleichgültigkeit vor ihnen, gegen Reaktion und äußerste Widerstände von außen. Verzeiwelt nicht an der Zukunft! Hoff auf unsere Jugend! Demwärts, unsern hohen Idealen entgegen!

Phil. Endlein, Köln.

Brüder! Genossen!

Woh! darf ich Euch so nennen. Brüder sind wir, weil wir gemeinsam ein Werk der Organisation schaffen. Weil wir gemeinsam versuchen, Lichtstrahlen in unser dunkles Leben zu bringen. Genossen sind wir, weil wir mit harter Faust die erzenen Forten der Klassenherrschaft, des Vorkriegs, der geistigen und wirtschaftlichen Knechtung aus dem Inneren und Äußeren in das Hoffnungsland der Freiheit und Gleichberechtigung stürzen. Da gab es kein Gedenken und Dürken. Keiner fragte: „Wißt Du, was die Sozialist, Unabgängiger oder Kommunist?“ Ein i g waren wir, und dies war unser Sieg. Weil rufen wir die Forten der Heimat auf, daß unsere Brüder, die jahrelang schmachvollen Herzens auf den Eingang in die Heimat warteten, herbeistürmen konnten, um wieder Arbeitsbrüder, Menschheitsgenossen zu werden. Sie ergreifen mit ihren kämpferischen Händen die rote Fahne, um sie, Wagnisfühler gleich, voranzutragen durch das wogende Menschenmeer. Wie leuchteten die Augen unserer Frauen und Mädchen, die bislang immer nur Dornen für Tränenränder des Schmerzes und der Bangigkeit waren. Wie strahlten sich die Mädchen der Jungen und Männer, als es galt, das leuchtende Lat überall aufzuspüren, es zum Siegesymbol zu erheben.

Das waren Wochen des heiligsten Empfindens. Es war die Verwirklichung des tiefsten Glaubens an den Sozialismus. Dann kam die Zeit, in der die werdenden Genossen mit zündenden Worten, dem Atemann gleich, das Staunen des Sozialisten in die empfindlichen Herzen der Menschen legten, die sich überall in Stadt und Land für unsere Sache erschlossen. Wie glänzten die Augen, wie strahlten die Gesichter, auf denen nur zu deutlich die Spuren des Stur-

gers, der seelischen Zermürdung zu lesen standen, als sie die Worte hörten, die für sie die Bräute waren in das Lichtland, das wir als Sozialisten ihnen erschließen wollten. Und sie gaben uns ihr Kostbares, was wir zum Aufbau brauchten: ihre Herzen und ihre Stimmen.

Nicht alle. Wir Großstädter durchlebten die Zeit, in der Menschen kamen mit färemdem Geist, mit haltendem Entschluß. Die Worte aus ihrem Munde glühten lobend den Feuerbrüder, die sie in das empfindliche Herz des armen Proletariats warfen. Dieser Brand ward zur Begeisterung, der sich nicht mehr löschten ließ mit Worten der Güte und der Vernunft. Nur Taten konnten die leidenschaftlichen Worte erlösen. Das Rauberwort der Tat hieß: „K o m m u n i s m u s“! Karl Marx, der große Lehrer, verkündete es in seinem „Kommunistischen Manifest“: „Ein Geistesimpuls geht in Europa — das Geistesimpuls des Kommunismus.“ Diese Worte hatten auf unsere Zeit mehr als je. Nichts findet leichter Eingang in die Herzen der Enttäuschten, der blind Verlorenen und hilflos und geistig hangenden Menschen, als die allerhöchsten Worte des Agitatoren, die von tiefem Glauben getragene Worte der Verkünder und Propheten des Kommunismus. „Was Dir gefährt, das soll auch mir gehören.“ so lautet die Formel der heutigen Kommunisten. Der Kommunismus läßt sich nicht bei uns Arbeitern verwirklichen; denn wir sind ja nicht Arbeiter aller der begehrenden Dinge, die das Leben verschönern. Wir haben weder Grund und Boden, weder Geld noch Gut. Wir haben nicht so viel, um unsern Brüdern genügend Brot zu geben. Wir sind arm, deshalb muß man zu den Reichen, den „Haben den“ gehen, um helfen zu können. Und die Reichen, die diese Kommunismus zeigen den Hungernden den Weg, den sie beschreiten sollten; aber der Weg führte sie nicht in das verheißene Land „Kanaan“, sondern für viele in das Land, aus dem es keine Wiederkehr gibt: in den Tod. Warum ich diese Worte schreibe? Weil Ihr in mehreren Nummern des „Grundstein“, in der Sonderausgabe, seit Monat Mai aus unserm Bezirksverein lesen konnten: „Im Straßenkampf gefaselt“! „Der: „Ständerechtlich erschaffen!““ Wist Ihr, was das heißt, Menschen vor unsern eigenen Augen erschlagen sehen und nicht helfen können? Wist Ihr, was Hungererregung heißt? Wohl die Wüste, was ich mir als Sozialist denken kann. Und den Hungererregung in seiner schrecklichsten Gestalt mußten wir in München erleben in der Zeit, als das Parlament der deutschen Bauarbeiter in Weimar lagte, in der Zeit, als auch dort die Weitzer scharf aufeinander prallten. Wäre es nur auch uns vergönnt gewesen, erscheinen zu können, vielleicht hätten wir die Worte gefunden, die in der heutigen Zeit nötig sind.

Eine große Anzahl unserer Kollegen wurde in den graulichen Strudel gerissen. Warum? Niemand weiß es besser als wir, daß die Bauarbeiter die Kernkräfte in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen sind. Sie schlagen ihre Fackeln tündend in die Schwärzen, fragen nicht lange, ob sie trotts werden oder nicht. Sie sind es gewohnt und deshalb immer kampfbereit. So war es auch diesmal wieder. Ihr kommt lesen, daß unser junger Freund von 17 Jahren „gefallen“ ist, und ich frage Euch, was weiß so ein junger Mensch, fast noch ein Kind, von Politik oder Kommunismus? Nichts, er ist ein Opfer gewissenloser Agitation. Ein Wirtshausler, der gebend war von Klang der Verheißung. Dann konnten die reiferen Kollegen. Kaum fehlten sie nach Jahren der Kriegsgrenzen ihren Fuß in die Heimat, fremd den politischen Leben, so ergab auch sie der Strudel, der sie mit hinabzog. Wie ältere Kollegen sind dabei. Arbeitslosigkeit, Hunger, maßlose Verprechungen, die sich nicht erfüllen lassen, waren Schuld daran, daß wir unsere Kollegen verlieren mußten. Ein großer Teil ist im Gefängnis und wartet auf Vernehmung oder Urteil. Nach den grauenvollen Tagen des Mainfanges mußte auch die „Neue Zeitung“, das Organ der Münchner I. S. P., das durch seine Schreibweise auch einen Teil der Schuld trägt, in ihrer Nummer 102 befehlen: „Ein großer Teil des Proletariats ist gegenrevolutionäre, ist Feindhaftigkeit, entstanden durch den Weltkrieg gleichgültig, ob er in den Reihen der Weissen oder der roten Armee gekämpft hat. Daß das deutsche Proletariat zu erheblichen Teilen gar keine revolutionäre Klasse ist, sondern vielmehr eine durch einen erschöpfenden Weltkrieg abgestumpfte, apathische Masse, abgesehen natürlich von einer proletarischen Elite, der aber im großen und ganzen die Bildungselemente fehlen, um eine solche gewaltige Aufgabe, wie die Durchführung des Sozialismus zu leisten.“

Es! Hernach, also lieber zu spät, kam die Erkenntnis, die wir, der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kundig, durch Aufklärung erzielen wollten. Es ging ihnen zu langsam, darum wollten sie den nächsten Sprung über alle graulichen Abgründe, die der Krieg aufriß, wagen. Und sie fanden den Tod. Wie denken an sie mit Wehmüt, mit tiefer Trauer. Wie ehren ihre Kampfergebnisse, wie sie des Glaubens waren, für eine alte Sache zu kämpfen. Wie ihnen erschütterte an ihren Gräbern, sei es bei denen der Unschuldigen oder bei denen der nach dem Gesetz Schuldigen, und legen uns zweifelnd die Frage vor: Triffst nicht auch uns ein wenig Schuld, daß es so weit gekommen ist? Und wenn wir als ehrliche Menschen die Frage bejahen müssen, dann müssen wir juchend den Pfad finden, der uns hinausführt aus dem Tal der Trauer und des Glens. Unsere Aufgabe muß es sein, die Tränen zu trocknen, die der Krieg und seine Nachhaken bei den leidenden Menschen verurachten. Die Erkenntnis wird uns immer mehr zur Gewißheit, daß nicht Gewalt, nicht Rauberworte die Welt verbessern und die Menschen zum Guten führen können, daß man nicht von politischer Unreife zum Kommunismus kommen kann, sondern die Men-

schen müssen zuerst zum Sozialismus geführt werden. Und dazu bedarf es Arbeit und immer wieder Arbeit. Wir aber als Sozialisten halten die Worte aus dem Sozialistenmunde hoch:

Nicht mit dem Messing der Barbaren, Mit Hant' und Speer nicht kämpfen wir, Es führt zum Sieg der Freiheit Ehren, Des Geistes Schwert, des Rechts Banner!“ Hans Wagner, München.

Der Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine.

Am 22. bis 25. Juni hielt der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg seinen 16. ordentlichen Genossenschaftstag ab. Von fast 1100 Teilnehmern besucht, durch die Anwesenheit vieler Gäste als Vertreter der Behörden und weisensverwandter Organisationen geehrt, fand der diesjährige Konsumvereinstag ganz unter dem Eindruck des förmlichen Beendigung des fast fünf Jahre währenden Krieges. Kein Zweifel, auch die deutschen Konsumvereine sind mittelbar und unmittelbar Objekte dieses Friedensvertrages, der kaum etwas anderes sein kann als die nachdrückliche Aufforderung an unser niedergelittenes deutsches Volk, den Kampf gegen diesen Vertrag im August des Unterzeichnung zu beginnen. Es geht ein Giftbiss aus diesem Friedensvertrag aus, der, abgesehen von andern Uebel, die deutsche Wirtschaft mit Vernichtung bedroht. Unsere Konsumvereine aber wuzeln in der Wirtschaft, sind mit ihr auf Gedeih und Verderb verknüpft. Was in den letzten Monaten auch die geistigen sein, was ihnen die, deren Ziel die Vernichtung, sicher aber die Vertrupplung der deutschen Wirtschaft ist, so steht doch fest, daß unser deutsches Volk leben will, seine Wirtschaft so wieder aufrichten will, daß mehr als ein Schattendasein dabei herauskommt. Dieser Wille zur Arbeit, zum Fortschritt, zur Besserleistung trat auf dem Konsumgenossenschaftstag unmissverständlich zutage.

Zunächst allerdings galt es, Stellung zu jenen Ereignissen und Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit zu nehmen, die der Wirtschaftsführung das denkbar schärfste Feuer ansetzten. Die Ursachen, die zu den Ernährungsnotlagen führten, sind bekannt. Ihrer Herr zu werden, war die gebundene Wirtschaft notwendig. Nicht notwendig, sehr schädlich aber war dabei die Abkehr von der Gemeinnützigkeit bis zu einem Grade, daß man den Konsumvereinen das Leben schwer machte und ihre Groß-einkaufsgesellschaft ausschaltete. Mit dieser Haltung der Behörden gegenüber den Konsumgenossenschaftlichen Organisationen wurden die guten Wirkungen der gebundenen Wirtschaft mehr als wettgemacht. Kein Wunder, daß der Genossenschaftstag, das Parlament der organisierten Verbraucher, rückstillslos die Forderung erheben mußte, endlich einmal mit einem System zu brechen, das bei einseitiger Bevorzugung des Handels die Verwertung des Volkes herbeiführt.

Bei der Besprechung der Angelegenheiten des Internationalen Genossenschaftsbundes wurde die Notwendigkeit betont, die Verhältnisse anderer Länder kennenzulernen, um damit die Verständigung der Völker untereinander zu beginnen. Die Erkenntnis, daß der lange Krieg mit seinen Uebel in der kapitalistischen Ordnung der Wirtschaftsverhältnisse wurzelt, schied die Stellung der Konsumgenossenschaften zum Kriege. Die antikapitalistische, sozialistische und demokratische Bewegung der Konsumvereine, daß der sogenannte Friedensvertrag gegen das deutsche Volk gerichtet ist. Ihm stellen die organisierten Verbraucher ihre faires Programm zur planmäßigen Wirtschaft, ihren in langjähriger Arbeit angewandten Sozialismus, den Sozialismus der Tat, gegenüber. Nur dieser Sozialismus, so sah die Genossenschaftstag einstimmig seine Meinung, wird über den Geist der Gewalt siegen, den der Friedensvertrag antrat.

Ein gleich freudiges Bekenntnis zum Sozialismus, zur gemeinnützigen Arbeit, war die Entschiedenheit des Genossenschaftstages zu dem Beratungsgegenstand: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland der Neuordnung unserer Wirtschaft auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus! Die Richtung vor der Aneberzeugung der andern schafft die Möglichkeit der Mitarbeit für jedermann. Was wir bisher Volkswirtschaft nannten, war Wirtschaft einzelner auf Kosten des Volkes. Die Genossenschaften sind Wirtschaft der Allgemeinheit zu deren Nutzen und Nutzen ein Stück Sozialismus. Deshalb sei Förderung und Erhaltung, nicht Vernichtung und Beseitigung der Genossenschaft Pflicht aller ehrlichen Freunde reich fortwährend sozialer Entwicklung. Dieser Pflicht nachzukommen, sei bei der geplanten Kommunalisierung der Wirtschaft geboten. Zu einer grundsätzlichen Entscheidung gelangte der Genossenschaftstag noch hinsichtlich der Tarifverträge. Hier wurde erneut festgelegt, daß die Genossenschaften auch in Zukunft befristet sein werden, die Verantwortlichkeit der Arbeitsbedingungen im mutigen Botschaften hinsichtlich hinreichender Entlohnung und sozialer Fürsorge zum Ausdruck zu bringen. Dieses Streben bezieht aber auch zum Widerspruch gegen eine Gewerkschaftspolitik, die den Standpunkt vertritt, die Lasten der Arbeitslosigkeit seien einseitig auf die Schultern der Verbraucher abzuwälzen, wo sie schließlich, wie im Wädelgewerbe, als Maßnahme zur Verteuerung wirkt.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände waren mehr geschäftlicher Natur. Auch die sich anschließenden Generalversammlungen der Großeinkaufsgesellschaft und der Versorgungsgesellschaft deutscher Konsumvereine erledigten gemeinlich recht geschäftliche Angelegenheiten. Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft beschloß die Erhöhung des Stammkapitals bis auf 15 000 000, womit die Möglichkeit zu weiteren großen Schritten nach vorwärts, besonders im Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion, gegeben ist. Der diesjährige Genossenschaftstag zeigte die Berechtigung der Konsumvereine, an dem Generalgenossenschaftstag der Großeinkaufsgesellschaft beifolgt die Erhöhung des Stammkapitals bis auf 15 000 000, womit die Möglichkeit zu weiteren großen Schritten nach vorwärts, besonders im Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion, gegeben ist. Der diesjährige Genossenschaftstag zeigte die Berechtigung der Konsumvereine, an dem Generalgenossenschaftstag der Großeinkaufsgesellschaft beifolgt die Erhöhung des Stammkapitals bis auf 15 000 000, womit die Möglichkeit zu weiteren großen Schritten nach vorwärts, besonders im Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion, gegeben ist. Der diesjährige Genossenschaftstag zeigte die Berechtigung der Konsumvereine, an dem Generalgenossenschaftstag der Großeinkaufsgesellschaft beifolgt die Erhöhung des Stammkapitals bis auf 15 000 000, womit die Möglichkeit zu weiteren großen Schritten nach vorwärts, besonders im Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion, gegeben ist.

der Verbraucher hinderten, das ganze Maß an Können in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Das Volk und seine Rettung müssen je schneller, desto besser, die Gemeinnützigkeit der Strömungsbewegung erkennen und sich ihrer als mächtigsten Mittel zur Festigung unserer wirtschaftlichen Wirtschaft bedienen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

7136, oder von Hundert 2,07 arbeitslos gemeldet gegenüber 2,20 am vorigen Jahrlage. Dem norddeutschen Stillstand ist somit ein weiterer Rückgang gefolgt. Von den einzelnen Bezirken hatte Hamburg noch eine kleine Zunahme von 5,2 auf 5,3, ebenso Nürnberg von 1,4 auf 1,5. Alle übrigen Bezirke sind an der Abnahme beteiligt. Auch die unterrichteten Arbeitslosen sind etwas weniger geworden, 2917 gegen 2923 in der Vorwoche. Ihr Verhältnis zum Mitgliederbestand sank von 0,86 auf 0,82.

Table with columns: Bezirk, Anzahl der arbeitslosen Bauarbeiter, Anzahl der arbeitslosen Arbeiter, Verhältnis zum Mitgliederbestand, etc. Lists various regions like Königsberg, Bromberg, Berlin, etc.

Berichte.

Bezirk Bremen. Das Ergebnis unserer diesjährigen Lohnbewegung ist aus den nachstehenden Zahlen ersichtlich.

Table showing wage movement results for Bremen by district (e.g., Friedrich, Berne, Strafe, etc.) with columns for number of workers and wage changes.

In Bohnke, Althaus, Dissen, Mahndorf, Meppen und Weener wird noch verhandelt. In Twistringen und Utingen wird gezeilt.

Bezirk Dresden. Die Mitgliederzahl, die wir vor dem Kriege hatten, ist noch nicht wieder erreicht. Es wird dem Kriege fast alle Kollegen organisiert haben, nur aber bei den Maurern der junge Nachwuchs fehlt und von den

zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen nach unsern Feststellungen 1204 gefallen sind. Da wir im dritten Quartal 1913 bis auf 2527 Mitglieder gekommen waren, werden wir bei einer besseren Baukonjunktur allerdings noch einige tausend Mitglieder gewinnen. Am 23. Juni dieses Jahres hatten wir 19 185 Mitglieder. An der guten Baukonjunktur fehlt es noch; denn Neubauten sind wenig in Angriff genommen worden. Es fehlt an Ziegeln, Kalk und Zement. Diese Baustoffe können nicht erzeugt werden, weil die Kohle fehlt. Die Zahl der Arbeitslosen ist aber ständig zurückgegangen. Die höchste Arbeitslosenzahl hatten wir am 17. Februar 1919 mit 4325, das waren 31,5 pzt. unserer Mitglieder. Von 1000 Mitgliedern waren am 2. September 1918 23, am 6. Januar 1919 137, am 3. Februar 208, am 3. März 237, am 7. April 103, am 5. Mai 62, am 2. Juni 45, am 23. Juni 33. Durch die Lohnerschöpfung sollte nach Ansicht der Unternehmer die Bautätigkeit zurückgehen. Die vorstehenden Zahlen bezeugen das jedoch nicht. Vertragsverhandlungen sind getrieben und beschleunigt, der Schiedsgericht hätte für die freie Vereinbarung konnten wir zuerst nur im Bezirk Pirna zur Einigung kommen, später nach in Rostock und Lommatzsch. In Wilsberg kam zwar auch eine Einigung zustande; aber die Unternehmer hielten ihr Wort nicht. In Orlau ist es bis heute nicht zur Verhandlung gekommen. In allen übrigen Orten mussten Schiedsprüche gefällt werden, und auch dann war der Streit oft noch nicht erledigt. Die Bauarbeiter erkannten den Schiedspruch nicht an. Die Kollegen mussten erst einen Tag streiken, damit die Unternehmer sich herbeiließen, den Schiedspruch zu erfüllen. In Orlau war es das gleiche Spiel. Die Unternehmer hatten sich am 1. April vom Arbeitgeberverband Pirna getrennt und beschwerten, der Schiedsgericht hätte für sie keine Geltung, da sie bei den Verhandlungen beim Schlichtungsausschuss nicht zugegen waren. Am 11. Juni legten die Kollegen die Arbeit nieder und am 26. Juni entschied der Schlichtungsausschuss, daß auch der Spruch für Orlau gelte. In Wilsberg hat ein einmündiger Streik ebenfalls die Unternehmer dazu gebracht, ihr früher gegebenes Wort einzuhalten. Die Bauarbeiter, die in Schwanden zwischen M. 240 in Dresden und M. 170 in Dippoldswalde IV und Neudorf. Für Hilfsarbeiter sind die Löhne in Dresden, Pirna, Rostock, Lommatzsch um 10 pzt. und in den übrigen Bezirken meist bis zu 15 pzt. geringer.

Wohlschweriger gestalteten sich die Verhandlungen im Tiefbaugewerbe. Mit den Steinmetzmeister ging es ziemlich glatt; denn für richtige Tiefbauarbeiter bewilligen sie den Hochbauarbeitern, für die minder geübten 10 pzt. und für Anfänger 20 pzt. weniger. Aber nur für das Baugewerbe Dresden; in den übrigen Bezirken soll der Bauarbeiterlohn nicht mehr als den alten Lohn betragen. Die Bauarbeiter beschließen noch immer aus den alten Lohnverhältnissen. Wir haben wir mehrere Tage verhandeln müssen, bis wir sie so weit bringen konnten, für Dresden so ziemlich das gleiche zu bewilligen wie die andere Unternehmerorganisation. Aber in den anderen Bezirken werden sie 10 bis 15 pzt. weniger als im Hochbaugewerbe geben. Zum Teil aber abgelehnt. Im Bezirk Lobau und Niesitz wird größtenteils der Hochbauarbeiterlohn gefordert, und in Rostock und Freiberg ist es nicht ausgeschlossen, daß, wenn diese Ziele erreicht sind, die Kollegen streiken werden. Die Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe jedoch als auch für das Tiefbaugewerbe erklärten die Unternehmer, daß die geforderten Löhne entsprechend den Preisen nicht zu hoch seien, daß sie auch die Löhne zahlen könnten; denn aus ihrer Tasche zahlten sie es nicht. Aber sie können es vor der Deckungslosigkeit nicht verantworten. Ein recht eigenartiger Standpunkt, bei man Zieren gegenüber nicht einmal einnimmt. Wenn man zur Einigung kommt, daß die Pferde mit dem Futter nicht auskommen, sucht man mehr zu erhalten. Man isst es auch herbei, und wenn es noch so teuer ist. Die Pferdebesitzer werden sich über die Unternehmung der seine Pferde halb verkaufen läßt, bald auf das Dach steigen. Geizig, die Lebensmittel sind knapp, aber bei den alten Löhnen konnten sie die Bauarbeiter nicht einmal die zugehörigen Lebensmittel kaufen, und sie können dies zum Teil nur durch den Verkauf ihrer Pferde decken. Die Bauarbeiter, die sich nun bereits in den Schanzentüren anhäufen, können auch bei unsern Kollegen noch nicht angekauft werden. Wenn die Löhne nicht höher werden, wird bald mit der Produktion aufgehört werden müssen, weil die Lager voll sind und die große Masse der Bevölkerung keine Kaufkraft erlangen kann. Aufgegeben wird die Arbeitslosigkeit wieder größer werden. Nur diese Weise ist also volkswirtschaftlich auch nicht weiterzukommen.

Auch die Arbeiter mühten streiken, weil ihre Unternehmer den Arbeitern nicht so viel gönnen, daß sie sich wenigstens das Notwendigste kaufen können. Bei den übrigen Gruppen im Baugewerbe haben sich die Unternehmer nach den Löhnen im Hochbaugewerbe gerichtet, so daß wir sagen können, im großen und ganzen ist die Tarifbewegung abgeschlossen. Da aber die Preise weiter im Steigen sind, beschließen sich die Kollegen bereits mit einem neuen Ausgicht zu entscheiden, die den Bauarbeitern helfen wollen wir bemerken, daß nach den zentralen Vereinbarungen nach dem 15. Juni dieses Jahres nur soweit eine Lohnsteigerung möglich ist, als die Preissteigerung seit der letzten Lohnfestsetzung diese bedingt. Der Streit wird nur darum gehen, wieviel Prozent der Preise in die Höhe gegangen sind. Dies zu entscheiden, sollten eigentlich die statistischen Kenner dienen. Es wird sich nun dabei zeigen, ob die Statistik im neuen Zustand besser ist als im alten. Früher konnten die statistischen Kenner auch dann noch eine Preissteigerung konstatieren, wenn alle anderen Menschen diese für sich sahen. Wir erinnern uns an die Zeit der ersten Preissteigerung, die hauptsächlich deshalb so erwidert ausfiel, weil das Reichamt keine größere Preissteigerung feststellen konnte.

Wien. Mit der Verflechtungspolitik des Rheinischen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe beschäftigt sich hier am 17. Juni eine stark besetzte Mitgliederversammlung. Im Gegensatz zum Tiefbaugewerbe, in dem der weitaus größte Teil unserer Mitglieder jetzt beschäftigt ist,

konnte bisher für das Hochbaugewerbe trotz aller Mühen und Verhandlungen eine Einigung über den Inhalt des neuen Tarifvertrages für das Baugewerbe Köln nicht erzielt werden. Kollege Fröhlich berichtete, daß mit Ausnahme der Holzleute und der Kleinfabrikanten, die meisten Punkte des neuen Vertrages noch in der Schwere seien. Für Lebenslöhne will der Arbeitgeberverband nur 40 pzt. Zuschlag bewilligen, während wir 25 pzt. oder 60 pzt. fordern. Für Sonntagarbeit wurden nach dem alten Vertrag 100 pzt. Zuschlag gefordert, während die Unternehmer jetzt nur 50 pzt. zahlen wollen. Wir bestehen auf 100 pzt. Auch über die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge war eine Einigung nicht zu erzielen. Die Arbeitgeber wollten die Unternehmer die Löhne überhaupt nicht festsetzen, während sie für die jugendlichen Arbeiter dieselben Löhne wie für die Erwachsenen forderten. Wir fordern für diese die gleichen Löhne wie sie im bisherigen Tarifbaugewerbe festgelegt worden sind: bis zum 15. Lebensjahre 80 pzt., bis zum 16. Jahre 50 pzt. und bis zum 17. Jahre 70 pzt. des Lohnes der Hilfsarbeiter. Für Lehrlinge fordern wir im ersten Lehrjahre 20 pzt., im zweiten 40 pzt. und im dritten 60 pzt. des Lohnes der Gelehrten. Auch über die Vergütungen für entzweit liegende Arbeitsstätten wurden wir nicht einig. Wir fordern daher dort, wo nach dem bisherigen Vertrag Lehrlinge und für Mittlagesen 50 pzt. Vergütung fällig war, außer dem Gehalt für 30 Mittlagesen M. 2,50. Weiter bestehen noch Streitigkeiten über den Geltungsbereich des Vertrages. Der Arbeitgeberverband will alle diese Streitpunkte dem Hauptamt zur Entscheidung unterbreiten. Die Mitgliederversammlung lehnte es jedoch ab, sich hierauf einzulassen. Dazu würde sie nur dann bereit sein, wenn die von uns als äußerste Grenze vorgelegten Zuschläge sowie die von uns geforderten Löhne der jugendlichen und der Lehrlinge bis zur Festlegung des Geltungsbereichs des Hauptamtes festgelegt werden. Die Vereinbarung sollte den einmündigen Beschäftigten, daß wir im Güter Gebiet genehmigt vertragen sind. Lebensarbeit vor, diese fällig nur dann geleistet werden, wenn sie unumgänglich notwendig sei und die von uns geforderten Zuschläge gefordert werden. Wo herab die Arbeit gefordert wird, müssen wir die Unternehmer, die die Löhne herabsetzen, die in Betracht kommenden Zuschläge zu zahlen, andernfalls müssen diese Arbeiter unter allen Umständen beweigert werden. Weiter beschloß die Versammlung, energig dafür einzutreten, daß die von der Verammlung für die jugendlichen und die Lehrlinge beschlossenen Löhne überall gefordert werden und die Unternehmer die diese Einstellung genommen, die mit 8 Stunden Arbeit nicht genug haben und sich zu Lebensarbeiten drängen. Die Versammlung beschloß, dieser Bewegung des Hauptamtes mit aller Kraft entgegenzutreten. Wenn das Einkommen von 8 Stunden nicht ausreicht, dann dürfte es nicht durch Lebensarbeit, sondern durch höhere Entlohnung der Arbeiter zu erreichen sein. Der Verammlung wurde ein Antrag vorgelegt von 200 Kollegen folgende Baubelegiertenverammlung vorausgegangen. In dieser wurde ein Vortrag über: Die Rechte und Pflichten der Baubelegierten gehalten, so wie sich diese durch die Verflechtung der Baugewerke hergeleitet die gegenwärtigen Situation im baugewerblichen Bereich die einmündigen Beschäftigten, daß der vom Arbeitgeberverband beschlossenen Verflechtungspolitik nunmehr ein Ziel gesetzt werden müsse. Wir seien jetzt bereit organisiert, daß wir den Beweis erbringen könnten, daß Tarifverträge nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer liegen. Wenn der Rheinische Arbeitgeberverband dem bestreuzten Zustande den Vorzug gibt, uns kann es recht sein.

Wichtigkeiten. In dem Bericht in Nr. 20 ist ein Artikel enthalten. Zu dem Schlussatz des Artikels des Baugewerkes gehören auch die Baugewerke des Baugewerkes. Sie sind also nicht ausgenommen.

Schneiderei. Am 27. Juni verhandelte hier eine Kommission mit den Unternehmern wegen einer Lohnsteigerung. Von 15. März an betrug unser Lohn M. 1 für die Stunde. Wir forderten nun, daß vom 1. Juli an M. 1,50 gezahlt werden sollten. Die Unternehmer boten uns M. 1,20. In den Verhandlungen gelang es unserer Kommission, das erste, was wir forderten, so daß vom 1. Juli an M. 1,20 und vom 1. Oktober an M. 1,50 für die Stunde gezahlt werden. Wir haben unsere Forderung nicht in ganzer Höhe durchsetzen können, haben aber immerhin einen schönen Erfolg. Die Kollegen können hieraus wieder erkennen, wie wichtig die gewerkschaftliche Organisation für sie ist. Mitteln wollen wir noch, daß es in unsern Städtchen unorganisierte Arbeiter nicht mehr gibt.

Frankfurt a. M. Am 15. Juni fand unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren 8 Vorstandsmitglieder, 1 Vertreter des Bezirksauschusses, 5 Vertreter der Spezialgruppen und 60 Vertreter aus 60 Abteilungen. Bei Eröffnung der Generalversammlung wies Kollege Schneider darauf hin, daß wir noch immer Verurteilung infolge des Krieges zu beklagen haben. Er stellte fest, daß die letzten Generalversammlungen wieder 37 Kollegen anwesend sein sollten; es betrage damit die Zahl der von einem Verein Gefallenen rund 700 Kollegen. Die Zeitung dieser Kollegen geschloß in üblicher Weise. Der Vorsitzende Kollege Wilhelm Schneider erläuterte den Inhalt der Verhandlungen mit dem Hauptamt. Er stellte fest, daß die Generalversammlung wieder 37 Kollegen anwesend sein sollten; es betrage damit die Zahl der von einem Verein Gefallenen rund 700 Kollegen. Die Zeitung dieser Kollegen geschloß in üblicher Weise. Der Vorsitzende Kollege Wilhelm Schneider erläuterte den Inhalt der Verhandlungen mit dem Hauptamt. Er stellte fest, daß die Generalversammlung wieder 37 Kollegen anwesend sein sollten; es betrage damit die Zahl der von einem Verein Gefallenen rund 700 Kollegen. Die Zeitung dieser Kollegen geschloß in üblicher Weise.

